

Zuhörer in der nichtöffentlichen Sitzung (§ 19 Abs. 4 GeschO)

-/-

Entschuldigt fehlt

Frau Elke Grünewald	CDU-Fraktion	-RM-
Herr Jörg-Rüdiger Schütz	CDU-Fraktion	

Verwaltung

Frau Binder-Kruse	Bauamt	(zu TOP 1, 4.1, 5.2, 6 und 7)
Herr G. Müller	Amt für Schule	(zu TOP 9)
Herr Kleine	Amt für Stadtforschung, Statistik und Wahlen	(zu TOP 11)
Herr Ellerbrok	Bezirksamt Heepen	(zu TOP 12)
Herr Fidler	Bauamt	(zu TOP 20)
Herr Daube	Bezirksamt Heepen	
Herr Skarabis	Bezirksamt Heepen	
Herr Grauting	Bezirksamt Heepen	Betriebspraktikant
Herr Lötzke	Bezirksamt Heepen	Schriftführer

Externe

Frau Albers	Beratungsstelle Baumheide	(zu TOP 8)
Frau Kunsleben	Beratungsstelle Baumheide	(zu TOP 8)
Herr Löhr	Beratungsstelle Baumheide	(zu TOP 8)
Herr Rettig	Beratungsstelle Baumheide	(zu TOP 8)
Frau Sieker	Beratungsstelle Baumheide	(zu TOP 8)
Herr Klöne	Stadtheimatpfleger	(zu TOP 19)
Herr Heinz Kossiek		(zu TOP 19)

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Bezirksvorsteher Sternbacher eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Die von der Bezirksvertretung genehmigte Tagesordnung wird sodann wie folgt erledigt:

Zu Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Heepen

a) Bau einer zusätzlichen Querungshilfe an der Oldentruper Straße in Höhe der Einmündung der Straße Am Recksiek

Herr Wilhelm (Einwohner des Stadtteils Oldentrup und Sprecher der „Initiative Verkehrsberuhigung in Oldentrup heute!“) weist darauf hin, dass die Oldentruper Straße im Bereich der Einmündung der Straße Am Recksiek von vielen Schulkindern auf dem Weg zur Schule überquert werde. Er fragt, ob es möglich sei, auch hier eine Querungshilfe einzurichten.

Im Anschluss überreicht er Bezirksvorsteher Sternbacher unter dem Hinweis auf seine Ankündigung in der Einwohnerfragestunde zur Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 17.09.2009 (vgl. BV Heepen - 17.09.2009 - öffentlich - TOP 1) eine Unterschriftenliste, in der die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner aus ihrer Sicht geeignete Vorschläge zur Verbesserung der Verkehrssituation im Stadtteil Oldentrup unterbreiten (vgl. Anlage zur Niederschrift: Schreiben der Initiative vom 14.09.2009).

Herr Daube erläutert unter Bezugnahme auf die von Herrn Wilhelm gestellte Frage die bei der Anlage einer Querungshilfe zu berücksichtigenden rechtlichen und finanziellen Abhängigkeiten. Die Verwaltung werde die von Herrn Wilhelm gestellte Frage prüfen.

b) Wiederaufstellung des Buswartehäuschens an der Gaststätte „Runkelkrug“ (Fahrtrichtung Bielefeld) und Neuaufstellung eines Buswartehäuschens auf der gegenüberliegenden Straßenseite (Fahrtrichtung Leopoldshöhe)

Herr Balzert (Vorsitzender des Vereins „Pro Brönninghausen e.V.“) verweist auf die mit Schreiben vom 14.08.2009 (vgl. BV Heepen - 20.08.2009 - öffentlich - TOP 3.18) vom Verein erhobene Forderung, das bei einem Unfall zerstörte Buswartehäuschen an der Gaststätte „Runkelkrug“ (Fahrtrichtung Bielefeld) wieder aufzustellen bzw. auf der gegenüberliegenden Straßenseite (Fahrtrichtung Leopoldshöhe) ein neues Buswartehäuschen zu errichten. Er fragt nach dem Sachstand.

Herr Daube erläutert, dass die Angelegenheit derzeit noch von der zuständigen Fachdienststelle (Amt für Verkehr der Stadt Bielefeld) geprüft werde. Leider werde es voraussichtlich nicht möglich sein, das zerstörte Buswartehäuschen am gleichen Standort wieder aufzustellen, da hier im Rahmen der Prüfung festgestellt wurde, dass dort eine nicht überbaubare Versorgungsleitung verlaufe. Die Verwaltung suche derzeit intensiv nach einem Alternativstandort. Sobald die Prüfung abgeschlossen sei, werde die Bezirksvertretung und der Verein „Pro Brönninghausen e.V.“ unterrichtet.

c) Privater Lärmschutzwall auf der Ostseite der Autobahn A 2

Herr Balzert weist darauf hin, dass vom Eigentümer der östlich an die A 2 angrenzenden Grundstücksflächen beantragt wurde, einen Lärmschutzwall (ähnlich dem Lärmschutzwalls auf der Westseite der Autobahn) zu errichten. Es sei bekannt geworden, dass das von der Brönninghauser Bevölkerung unterstützte Projekt nicht genehmigungsfähig sei. Er fragt, ob dies zutrefte.

Herr Daube erläutert, dass die Angelegenheit im Baugenehmigungsverfahren von der Bauverwaltung geprüft werde und das Prüfverfahren noch nicht abgeschlossen sei. Er könne daher zum Stand des Verfahrens in öffentlicher Sitzung keine Aussagen treffen.

d) Rodungsarbeiten auf dem Grundstück der Mitsubishi HiTec Paper Bielefeld Real Estate GmbH & Co. KG in Oldentrup

Frau Mohn (Einwohnerin des Stadtteils Oldentrup) verweist auf den unter TOP 5.3 zu beratenden gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und der Grünen-Fraktion hinsichtlich der Änderung der Bebauungspläne III/O 9 bzw. III/Hi 10.2. Sie stellt fest, dass die auf dem Grundstück der Mitsubishi HiTec Paper Bielefeld Real Estate GmbH & Co KG vorhandenen Grünflächen bereits gerodet wurden und stellt die Frage, ob dies zulässig sei, obwohl eine entsprechende Änderung der angesprochenen Bebauungspläne noch nicht beschlossen wurde.

Bezirksvorsteher Sternbacher bittet die Verwaltung um Prüfung der Angelegenheit und Berichterstattung.

e) Bushaltestellen „Am Vollbruch“ und „Am Dreierfeld“ an der Potsdamer Straße

Herr Schoon (Einwohner des Stadtteils Oldentrup und Sprecher der „Initiative Verkehrsberuhigung in Oldentrup heute!“) weist darauf hin, dass die Haltestellen „Am Vollbruch“ und „Am Dreierfeld“ an der Potsdamer Straße (Fahrtrichtung Heepen) bisher nicht ausgebaut wurden. Insbesondere für ältere Menschen sei es sehr schwierig, diese Haltestellen zu nutzen. Es sei bereits einige Male zu Unfällen mit Personenschäden gekommen. Er stellt die Frage, wann mit dem Ausbau der Haltestellen zu rechnen sei.

Herr Daube erläutert, die beim Ausbau von Bushaltestellen zu berücksichtigenden finanziellen Abhängigkeiten. Er hoffe, dass der Ausbau im Rahmen der bereits von der Bezirksvertretung an erster Stelle priorisierten Sanierung der

Potsdamer Straße geschehen könne. Nach den derzeit vorliegenden Informationen sei die Sanierung der Potsdamer Straße für das Jahr 2011 (nach Abschluss der Sanierung der Detmolder Straße) geplant.

Bezirksvorsteher Sternbacher bittet die Verwaltung, die Verkehrssicherheit der angesprochenen Bushaltestellen zu prüfen. Sollte die Verkehrssicherheit tatsächlich nicht mehr gegeben sein, müssen unverzüglich geeignete Maßnahmen ergriffen werden, um diese wieder herzustellen.

f) Lkw-Durchfahrtsverbot und Geschwindigkeitsmessungen im Bereich der Donauschwabenstraße

Herr Möllering (Einwohner des Stadtteils Baumheide) führt aus, dass die Sicherheit der Anwohner aufgrund der durchfahrenden Lkw erheblich gefährdet sei. Darüber hinaus verursachen die Lkw erhebliche Lärmimmissionen. Er fragt, ob es möglich sei, ein Durchfahrtsverbot für Lkw auszusprechen und darüber hinaus häufiger Geschwindigkeitsmessungen durchzuführen.

Herr Daube erklärt, dass die zuständige Fachdienststelle der Stadt Bielefeld die Fragestellung prüfen werde.

g) Behinderungen durch die im Bereich des Verbindungsweges an der Straße Hagenkamp aufgestellten Abfallcontainer

Herr Möllering (Einwohner des Stadtteils Baumheide) weist darauf hin, dass es Radfahrern nur noch schwer möglich sei, die im Bereich des Verbindungsweges an der Straße Hagenkamp aufgestellten Abfallcontainer zu passieren. Er fragt, ob es möglich sei, diese Abfallcontainer abzubauen oder zu verschieben.

Bezirksvorsteher Sternbacher bittet die Verwaltung, diese Fragestellung zu prüfen.

h) Verkehrssicherheit von Radfahrern auf der Salzufler Straße im Bereich der Einmündung Meyer-zur-Müdehorst-Weg

Herr Bollweg (Einwohner des Stadtbezirks Heepen) weist darauf hin, dass die aus Richtung Leopoldshöhe den Ostring querenden Radfahrer häufig von den aus dem Baugebiet „Bentruperheide“ kommenden in die Salzufler Straße einbiegenden Kraftfahrzeugen übersehen werden und daher in diesem Bereich erheblichen Gefahren ausgesetzt seien. Er fragt, inwieweit es möglich sei, hier Abhilfe zu schaffen (vgl. TOP 3.10).

i) Ampelschaltung für die den Ostring in Höhe der Salzufler Straße querenden Fußgänger und Radfahrer und schadhafte Rad- und Gehwege im Bereich der Salzufler Straße (östlich des Ostrings) und der Eckendorfer Straße (Abschnitt Altenhagener Straße bis Rabenhof)

Herr Bollweg (Einwohner des Stadtbezirks Heepen) weist darauf hin, dass die Ampelschaltung im Bereich der Querung über den Ostring für Radfahrer, aber auch für Fußgänger zu erheblichen Wartezeiten führe. Er fragt, ob es möglich sei, die Ampelschaltung zu optimieren.

Weiterhin fragt er unter Hinweis auf insbesondere auf den Radwegen entlang der Salzufler Straße und der Eckendorfer Straße vorhandene Schäden, wann diese beseitigt werden.

Bezirksvorsteher Sternbacher stellt fest, dass die Frage der Optimierung der Ampelschaltung im Bereich der Querung und der Zustand der angesprochenen Radwegeabschnitte im Zuständigkeitsbereich des Landesbetriebes Straßen NRW liege. Er bitte die Verwaltung, die Fragestellung mit der Bitte um Beantwortung an den Landesbetrieb weiterzuleiten.

j) Bebauungsplan Nr. III/H 20 „Ortskern Heepen - Erweiterung“

Bezirksvorsteher Sternbacher verliest die von Herrn Rasch (Einwohner des Stadtteils Heepen) schriftlich gestellte Einwohnerfrage:

„Welche konkreten Ideen und Vorgaben hat die Bezirksvertretung Heepen entwickelt bzw. beschlossen, die die Grundlage und den Rahmen für das externe Stadtplanungsbüro bei der Bearbeitung der beschlossenen Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. III/H 20 „Ortskern Heepen - Erweiterung“ bilden?“

Frau Binder-Kruse (Bauamt) führt aus, dass mit der Neuaufstellung des Bebauungsplanes gleichzeitig die Vergabe der Aufstellung des Bebauungsplanvorwurfes an ein externes Planungsbüro beschlossen wurde. Mit dem Büro „Tischmann + Schrooten / Rheda-Wiedenbrück“ wurde zwischenzeitlich ein entsprechender städtebaulicher Vertrag geschlossen. In der Beschlussvorlage der Verwaltung zur Neuaufstellung des Bebauungsplanes werde ausgeführt, dass das vorhandene Planungsrecht aus den 70er Jahren nicht mehr den heutigen städtebaulichen Anforderungen entspreche und daher auch nicht mehr als sachgerechtes und rechtsicheres Steuerungsinstrument für die bauliche Weiterentwicklung des Bereiches genutzt werden könne. Es werde weiter ausgeführt, dass im Interesse der städtebaulich qualitätsvollen Weiterentwicklung und der langfristigen Sicherung als Handelsstandort und attraktive Ortsmitte festzustellende Defizite und Fehlentwicklungen aufgegriffen und diskutiert werden müssen. Die Aufstellung eines Bauleitplanes sehe dazu nach dem Baugesetzbuch ein mehrstufiges Verfahren unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, der sogenannten Träger öffentlicher Belange und der Politik vor. Der Bezirksvertretung Heepen werde voraussichtlich im März 2010 ein planerisches Konzept als Grundlage für eine frühzeitige Bürgerbeteiligung vorgestellt.

Da keine weiteren Einwohnerfragen gestellt werden, schließt Bezirksvorsteher Sternbacher die Einwohnerfragestunde.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 14.01.2010 - öffentlich - TOP 1 *

-.-.-

Zu Punkt 2 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 2. Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 03.12.2009**

Ohne Aussprache ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 2. Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 03.12.2009 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 14.01.2010 - öffentlich - TOP 2 *

-.-.-

Zu Punkt 3 **Mitteilungen**

I. Schriftliche Mitteilungen

3.1 **Verkehrssituation in Oldentrup (vgl. u. a. BV Heepen - 17.09.2009 - öffentlich - TOP 1 - Einwohnerfragestunde -)**

Den Mitteilungen beigefügt ist die Stellungnahme der Straßenverkehrsbehörde vom 16.12.2009.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 14.01.2010 - öffentlich - TOP 3.1 *

-.-.-

3.2 **Mobilfunksendemast Braker Straße (vgl. u. a. BV Heepen - 03.12.2009 - öffentlich - TOP 1 - Einwohnerfragestunde -)**

Den Mitteilungen beigefügt ist die Stellungnahme des Bauamtes vom 15.12.2009.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 14.01.2010 - öffentlich - TOP 3.2 *

-.-.-

3.3

Klassenbesetzungsübersicht 2009/10

Mit den Sitzungsunterlagen haben alle Bezirksvertretungsmitglieder eine CD mit der Klassenbesetzungsübersicht 2009/10 (Stand: 15.10.2009) erhalten.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 14.01.2010 - öffentlich - TOP 3.3 *

-.-.-

3.4

Integrationsratswahl am 07.02.2010

Bei der letzten Wahl gab es im Stadtbezirk Heepen zwei Stimmbezirke. Wahllokale waren in den Grundschulen Milse und Heeperholz eingerichtet. Von rd. 2.900 Wahlberechtigten haben lediglich 218 gewählt. Nach der aktuellen Abfrage bezogen auf die Stimmbezirke der allgemeinen Wahlen wird es in Heepen bei der kommenden Wahl ca. 3.200 Wahlberechtigte geben.

Ein erheblicher Teil der Wahlberechtigten lebt im Stadtteil Baumheide. Da nach der letzten Integrationsratswahl der Vorwurf erhoben wurde, dass die geringe Wahlbeteiligung u. a. auf die weiten Wege zu den Wahllokalen zurückzuführen sei, beabsichtigt das Amt für Stadtforschung, Statistik und Wahlen, in Heepen drei Wahllokale einzurichten:

- Grundschule Milse (Stimmbezirken 22.x und 23.x der allgemeinen Wahlen, Stadtteile Brake, Milse und Altenhagen)
- Baumheideschule (Stimmbezirke 24.x)
- Grundschule Heeperholz (übrige Stadtteile des Stadtbezirkes Heepen)

Die Anzahl der Wahlberechtigten pro Lokal liegt hierbei zwischen 950 und 1200. Eine weitere Aufteilung ist nicht zulässig, da es zur Wahrung des Wahlgeheimnisses pro Lokal nicht weniger als 50 Wähler geben darf.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 14.01.2010 - öffentlich - TOP 3.4 *

-.-.-

3.5 **Lkw-Durchfahrts-Verbot auf der Evenhauser Straße (vgl. BV Heepen - 20.08.2009 - öffentlich - TOP 6.4)**

Den Mitteilungen beigelegt ist die Stellungnahme der Straßenverkehrsbehörde vom 03.12.2009.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 14.01.2010 - öffentlich - TOP 3.5 *

-.-.-

3.6 **L 712 n - Ostwestfalenstraße IV. Bauabschnitt (vgl. BV Heepen - 03.12.2009 - öffentlich - TOP 1 - Einwohnerfragestunde -)**

Den Mitteilungen beigelegt ist die Stellungnahme des Amtes für Verkehr vom 14.12.2009.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 14.01.2010 - öffentlich - TOP 3.6 *

-.-.-

3.7 **Abrechnung von Straßenbaubeiträgen gem. § 8 KAG NRW für Maßnahmen im Stadtbezirk Heepen**

Den Mitteilungen beigelegt ist eine Übersicht über die voraussichtlich im Jahr 2010 vom Amt für Verkehr abzurechnenden Maßnahmen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 14.01.2010 - öffentlich - TOP 3.7 *

-.-.-

3.8 **Ferienspiele 2009**

Den Mitteilungen beigelegt ist eine Auswertung zum Verlauf der vom Bezirksamt durchgeführten Ferienspiele im Jahr 2009.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) dankt den Organisatoren und Ehrenamtlichen für ihren Einsatz, ohne den die Durchführung der Ferienspiele in der angebotenen Qualität seines Erachtens nicht denkbar wäre. Im Anschluss weist er darauf hin, dass er festgestellt habe, dass im Stadtteil Brake ein Rückgang der Teilnehmerzahl zu beobachten sei. Er fragt, ob hierfür Gründe bekannt seien.

Herr Daube führt aus, dass auch die Verwaltung diese Entwicklung beobachtet und nach Gründen suche. Da sich jedoch weder Veränderungen im Bereich der Teilnehmergebühr oder des Standards des Angebotes ergeben haben, konnte bisher keine schlüssige Erklärung für den leichten Rückgang der Teilnehmerzahlen gefunden werden.

Bezirksvorsteher Sternbacher bittet die Verwaltung, weiter nach den Gründen für den Teilnehmerrückgang zu forschen und ggf. auch Überlegungen hinsichtlich der Steigerung der Attraktivität des Angebotes anzustellen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 14.01.2010 - öffentlich - TOP 3.8 *

-.-.-

Mündliche Mitteilungen

3.9

Fragen der Bürgerinitiative Brake-Grafenheide und Johannisbachau (vgl. BV Heepen - 03.12.2009 - TOP 1)

In der Einwohnerfragestunde zur Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 03.12.2009 hatte Frau Wentland (Einwohnerin des Stadtteils Brake und Sprecherin der „Bürgerinitiative Brake-Grafenheide und Johannisbachau“) folgende Fragen gestellt:

1. Bodendeponie (Spülfelder) in der Johannisbachau

- a) Wann ist mit dem Bau der Zufahrtstraße zu rechnen?
- b) Wie ist der Verfüllungs- und Rekultivierungsplan?
- c) Wie sieht jetzt die topografische Gestaltung nach der Volumenreduzierung aus?
- d) Wird die Bezirksvertretung Heepen hierüber eine Informationsvorlage und Berichte bekommen?

2. Bebauungsplan „Brake-West“

- a) Wie ist der Stand der Planung und Umsetzung?
- b) Wie sind die Konsequenzen nach dem Ausstieg der LEG?

3. L 712 n (4. Bauabschnitt)

- a) Wann ist mit der Anhörung zum Planfeststellungsverfahren zu rechnen?
- b) Ist in Anbetracht der vielen Einwendungen mit einer Umplanung zu rechnen?
- c) Wäre anstatt der übergroßen Kreuzung (Herforder Straße / Grafenheider Straße / L 712 n) eine Umplanung zum Kreisverkehr möglich?

4. Finanzierung und Realisierung

Sind aufgrund der schlechten finanziellen Lage der Stadt Bielefeld und der allgemeinen Finanzlage des Landes NRW die geplanten Straßenbauprojekte L 712 n, Ausbau Herforder Straße und Grafenheider Straße überhaupt realisierbar und wenn, in welchem Zeitrahmen?

5. Sendemast in Brake

Was ist aus dem geplanten Sendemast auf der Pizzeria „La Carla“ in Brake geworden?

6. Festplatz Brake

Kann die freigewordene Fläche der ehemaligen Grundschule Brake als Festplatz genutzt werden?

Herr Daube informiert darüber, dass alle Einwohnerfragen von den zuständigen Fachdienststellen beantwortet wurden. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die allen Bezirksvertretungsmitgliedern mit den Sitzungsunterlagen übersandten bzw. zu Beginn der Sitzung an alle Bezirksvertretungsmitglieder verteilten Stellungnahmen der Fachdienststellen:

- Stellungnahme des Umweltamtes vom 07.01.2010 (Fragen Ziff. 1 a bis d)
- Stellungnahme des Bauamtes vom 30.12.2009 (Ziff. 2 und 6 des Fragenkataloges)
- Stellungnahme des Bauamtes vom 15.12.2009 (Ziff. 5 des Fragenkataloges)
- Stellungnahme des Amtes für Verkehr vom 14.12.2009 (Ziff. 3 und 4 des Fragenkataloges)

Im Anschluss überreicht Herr Daube alle Stellungnahmen an Herrn Prester (Sprecher der „Bürgerinitiative Brake-Grafenheide und Johannisbachaue“) mit der Bitte, die übrigen Mitglieder der Bürgerinitiative zu informieren.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 14.01.2010 - öffentlich - TOP 3.9 *

-.-.-

3.10

Ostring / Salzufler Straße: Sicherung des Durchlasses für Radfahrer (vgl. BV Heepen - 20.08.2009 - öffentlich - TOP 6.6 und BV Heepen - 14.01.2010 - TOP 1)

Herr Daube verweist unter Bezugnahme auf die unter TOP 1 h von Herrn Bollweg gestellte Einwohnerfrage auf die an alle Bezirksvertretungsmitglieder zu Beginn der Sitzung verteilte Stellungnahme der Straßenverkehrsbehörde vom 12.01.2010. Er führt aus, dass der Meyer-zur-Müdehorst-Weg z. Z. mit dem Verkehrszeichen „Vorfahrt gewähren“ und dem Zusatzschild „Radfahrer kreuzen“ beschildert und insofern untergeordnet sei. Der Ausbau des Meyer-zur-

Müdehorst-Weges soll im Einmündungsbereich in die Salzufler Straße in Asphalt erfolgen. Dann gelte hier die „*Rechts-vor-Links-Regelung*“. Zur Verdeutlichung werde nach dem Ausbau eine Wartelinie auf den Asphalt aufgebracht. Der vom Ostring kommende Radfahrer habe dann Vorrang vor dem Ausfahrenden aus dem neuen Wohngebiet. Ein Freihalten der derzeit schon guten Sichtbeziehungen sei darüber hinaus erforderlich. Die Straßenverkehrsbehörde schlage neben dieser Verkehrsregelung nach Abstimmung mit der Polizei und dem Straßenbaulastträger vor, die Salzufler Straße (vom „Schützenberg“ kommend) ab dem Bebauungsbeginn als Tempo 30-Zone auszuweisen. Diese Maßnahme sei wegen der Einbeziehung des niveaugleich ausgebauten Verkehrsraumes im Neubaugebiet auch angesichts der derzeitigen Haushaltslage der Stadt Bielefeld realisierbar.

Auf Anregung von Herrn Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) ergeht folgender Beschluss:

B e s c h l u s s :

Die Bezirksvertretung beauftragt die Verwaltung, die Salzufler Straße (vom „Schützenberg“ her kommend) ab dem Bebauungsbeginn als Tempo 30-Zone auszuweisen.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 14.01.2010 - öffentlich - TOP 3.10 *

-.-.-

3.11

Grundschule Milse: Nutzung des Altbaus für OGS-Zwecke und Anlage von Stellplätzen für die Mieter des Altbaues

Herr Daube informiert darüber, dass von der Schule beantragt wurde, den teilweise für Wohnzwecke genutzten Altbau der Grundschule umzubauen, um ihn für OGS-Zwecke nutzen zu können. Nach ersten Überlegungen des Immobilienservicebetriebes in Abstimmung mit dem Amt für Schule wurde festgestellt, dass die Nutzung des Erdgeschosses für OGS-Zwecke ausreichend Raum biete. Das Ergebnis soll der Bezirksvertretung zur Entscheidung vorgelegt werden.

Hinsichtlich der Überlegungen des Immobilienservicebetriebes, auf den Außenflächen Stellplätze für die Mieter des Altbaues anzulegen, verweist Herr Daube auf die Zuständigkeit nach der Gemeindeordnung und der Hauptsatzung (Schulgrundstück). Zunächst soll der Immobilienservicebetrieb eine konkrete Bedarfsermittlung durchführen und der Bezirksvertretung einen Entscheidungsvorschlag unterbreiten.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 14.01.2010 - öffentlich - TOP 3.11 *

-.-.-

3.12

Vernissage „Jörg-Rüdiger Schütz: Die Farben der Frauen und mehr ...“

Herr Daube teilt mit, dass zwischen Bezirksvorsteher Sternbacher und stellvertretendem Bezirksvorsteher Rüter abgestimmt wurde, dass die Begrüßung zur Vernissage am 10.02.2010 (Beginn: 19.00 Uhr) durch Herrn Rüter erfolge.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 14.01.2010 - öffentlich - TOP 3.12 *

-.-.-

Zu Punkt 4 Anfragen

Zu Punkt 4.1 Infrastrukturkonzept Brake

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0279/2009-2014

Bezirksvorsteher Sternbacher verweist auf die Anfrage des Vertreters der FDP:

Bei steigender Genehmigung und Ausweisung von Baugebieten in Brake, welches wir durchaus als positives Signal für den ortsansässigen Handel sehen, stellt sich folgende Frage:

Frage:

Gibt es ein Infrastrukturkonzept, zur Sicherung von ausreichend Schul- und Kindergartenplätzen, sowie ein Konzept zur Sicherung von bereitgestelltem Freizeitangebot (kann nicht alles von Vereinen geschultert werden)?

Zusatzfrage:

Gibt es ein Konzept zur Sicherung und Unterstützung des Einzelhandels vor Ort?

Frau Binder-Kruse (Bauamt) führt aus, dass die Sicherung der notwendigen sozialen und übrigen Infrastruktur bei der Entwicklung eines neuen Plangebietes durch die Beteiligung der zuständigen Fachdienststellen (Amt für Schule, Amt für Jugend und Familie - Jugendamt - etc.) auf der Grundlage der von diesen Dienststellen erarbeiteten und von den zuständigen politischen Gremien beschlossenen Bedarfspläne (Kindergartenbedarfsplanung, Jugendhilfeplanung, Sportstättenplanung etc.) erfolge. Bezüglich der Sicherung von ausreichend Schulplätzen für den Stadtteil Brake wurde in den letzten Planaufstellungsverfahren regelmäßig auf eine mögliche Raumknappheit der Grundschule Brake und ggf. zu ergreifende schulorganisatorische Maßnahmen sowie ansteigende Schülerfahrtkosten - die bei der Realisierung geplanter Baugebiete entstehen können - hingewiesen. Auf den steigenden Bedarf an Schulplätzen in der Sekundarstufe I im gesamten Stadtbezirk Heepen und Umgebung werde

derzeit mit einer Erweiterung des Schulzentrums Heepen reagiert. Aufgrund der Gespräche mit den Trägern von Kindertagesstätten und unter Berücksichtigung der Elternbedarfe sowie der gesetzlichen Vorgaben (Sicherung des Rechtsanspruches für die 3- bis 6-Jährigen, Ausbau der U 3-Betreuung etc.) werden die vereinbarten Betreuungsplätze dem zuständigen Ministerium des Landes gemeldet. Sie stehen nach Bewilligung durch das Land jeweils ab dem 01. August für das neue Kindergartenjahr zur Verfügung. Der Kommunale Kinder- und Jugendförderplan beschreibe die Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendverbandsarbeit sowie der Jugendsozialarbeit. Er werde jeweils für eine kommunale Legislaturperiode durch den Jugendhilfeausschuss beschlossen.

Bezogen auf die Sicherung und Unterstützung des Einzelhandels vor Ort verweise sie auf das im September 2009 vom Rat der Stadt beschlossene Einzelhandels- und Zentrenkonzept. Hier wurde für den zentralen Versorgungsbereich Brake u. a. ein Standortprofil erarbeitet und Entwicklungsziele bzw. Handlungsempfehlungen dargestellt.

Herr Kossiek (FDP) stellt fest, dass er die Entwicklung neuer Baugebiete grundsätzlich begrüße. Er vertrete aber die Auffassung, dass die notwendige Infrastruktur „mitwachsen“ müsse. Darüber hinaus fragt er nach Möglichkeiten, den örtlichen Einzelhandel unabhängig vom Einzelhandel- und Zentrenkonzept zu unterstützen.

Frau Binder-Kruse erläutert, dass über die im Einzelhandels- und Zentrenkonzept enthaltenen Darstellungen z. Z. seitens der Verwaltung keine weiteren Aussagen getroffen werden können.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 14.01.2010 - öffentlich - TOP 4.1 *

-.-.-

Zu Punkt 5

Anträge

Zu Punkt 5.1

Nicht genutzte Gewerbeflächen im Stadtbezirk Heepen und Entwicklung von Nutzungsperspektiven

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0228/2009-2014

Bezirksvorsteher Sternbacher verweist auf den Antrag der CDU-Fraktion:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Aufstellung aller nicht genutzten Gewerbeflächen im Stadtbezirk zu erarbeiten und in der Bezirksvertretung vorzustellen. Neben der Auflistung der Flächen sollen Gründe für die Nichtnutzung dargestellt und Perspektiven für die zukünftige Nutzung (als Gewerbefläche oder auch in einer anderen Nutzung) aufgezeigt werden.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) stellt fest, dass - obwohl in Bielefeld eine Knappheit an Gewerbeflächen bestehe - an verschiedenen Stellen im Stadtgebiet Gewerbeflächen brachliegen. Um diesem Widerspruch entgegen-

zuwirken, sollte der Bezirksvertretung eine Aufstellung aller nicht genutzten Gewerbeflächen im Stadtbezirk vorgestellt und die Gründe für die Nichtnutzung dieser Flächen benannt werden. Darüber hinaus sollte die Verwaltung Vorschläge hinsichtlich der künftigen Nutzung dieser Flächen aufzeigen. Diese Information könne dann der Bezirksvertretung als Grundlage für weitere Überlegungen bzw. als Entscheidungshilfe dienen.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) stimmt der von Herrn Dr. Elsner vertretenen Auffassung zu. Darüber hinaus erinnert er an seine Bitte an die Verwaltung, zum Sachstand der künftigen Nutzung der Flächen „hinter dem Bahnhof Brake“ zu berichten (vgl. BV Heepen - 03.12.2009 - nichtöffentlich - TOP 14.1).

Herr Daube erläutert, dass Frau Binder-Kruse (Bauamt) unter TOP 5.2 zur Entwicklung der von Herrn Wäschebach angesprochenen Flächen berichten werde.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s :

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Aufstellung aller nicht genutzten Gewerbeflächen im Stadtbezirk zu erarbeiten und in der Bezirksvertretung vorzustellen. Neben der Auflistung der Flächen sollen Gründe für die Nichtnutzung dargestellt und Perspektiven für die zukünftige Nutzung (als Gewerbefläche oder auch in einer anderen Nutzung) aufgezeigt werden.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 14.01.2010 - öffentlich - TOP 5.1 *

-.-.-

Zu Punkt 5.2

Planungen für das Gebiet "Braker Bahnhof, Ladestraße"

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0229/2009-2014

Bezirksvorsteher Sternbacher verweist auf den Antrag der CDU-Fraktion:

Die Verwaltung wird beauftragt, Verhandlungen mit der Deutschen Bahn (bzw. mit dem zuständigen Tochterunternehmen) mit dem Ziel zu führen, endgültig zu klären, welche Flächen einer neuen Nutzung zugeführt werden können. Nach Klärung dieses Sachverhalts soll für das Gebiet eine sinnvolle Planung erarbeitet werden. Das Ergebnis der Verhandlungen und ggf. weitere Planungen sind der Bezirksvertretung vorzustellen.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) führt aus, dass in der Vergangenheit mehrfach Projekte potentieller Investoren im Bereich „Braker Bahnhof / Ladestraße“ nicht konkretisiert werden konnten, da u. a. die Verfügbarkeit dieser Flächen trotz entsprechender Gespräche mit der Eigentümerin (Deutsche

Bahn AG) nicht geklärt werden konnte. Um möglichen zukünftigen Investoren Planungssicherheit bieten zu können, sei es notwendig, dass die Verwaltung die Rahmenbedingungen mit der Deutschen Bahn AG bzw. dem zuständigen Tochterunternehmen endgültig kläre.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) weist darauf hin, dass es bereits entsprechende Arbeitsaufträge an die Verwaltung gebe. Dennoch könne der Antrag der CDU-Fraktion seines Erachtens dazu beitragen, dass die Bemühungen intensiviert werden.

Frau Binder-Kruse (Bauamt) erläutert, dass dem Bauamt eine informelle Anfrage eines Projektentwicklers für die Errichtung eines Lebensmittel-Discountmarktes für die von der Bahn nicht mehr benötigten Flächen im Braker Ortszentrum (nördlich der Bahnlinie) vorliege. Durch das Bauamt wurde auf Gespräche mit den von der Deutschen Bahn AG mit der Entwicklung der Flächen beauftragten Unternehmen verwiesen. Danach werde für den Gesamtbereich der ehemaligen Bahnflächen zunächst die Erarbeitung eines städtebaulichen Rahmenkonzeptes für notwendig erachtet. Das Konzept sollte u. a. Aussagen zu möglichen künftigen Nutzungen und den damit verbundenen verkehrlichen Fragen beinhalten. Auf der Grundlage dieses Gesprächs habe der Projektentwickler ein Planungsbüro und einen Verkehrsgutachter zum Zwecke der Erarbeitung eines Rahmenkonzeptes für den Gesamtbereich einbezogen. Mit beiden wurde im Dezember 2009 ein Gespräch zur Abstimmung der hinsichtlich eines Rahmenkonzeptes zu klärenden Fragen (Art der vorgesehenen Nutzung, dadurch bedingte Verkehrsentwicklung, Erschließungsaspekte, immissionsrechtliche Aspekte etc.) geführt.

Stellvertretender Bezirksvorsteher Rütter stellt fest, dass er - sollten die Gespräche zu positiven Ergebnissen führen - erfreut wäre. Aufgrund eigener Erfahrungen im Rahmen der mit der Eigentümerin der Flächen geführter Gespräche beurteile er die Erfolgsaussichten zurückhaltend. Die von seiner Fraktion angeregte Beschlussfassung könne den Bemühungen jedoch Nachdruck verleihen.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s :

Die Verwaltung wird beauftragt, Verhandlungen mit der Deutschen Bahn (bzw. mit dem zuständigen Tochterunternehmen) mit dem Ziel zu führen, endgültig zu klären, welche Flächen einer neuen Nutzung zugeführt werden können. Nach Klärung dieses Sachverhalts soll für das Gebiet eine sinnvolle Planung erarbeitet werden. Das Ergebnis der Verhandlungen und ggf. weitere Planungen sind der Bezirksvertretung vorzustellen.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 14.01.2010 - öffentlich - TOP 5.2 *

Zu Punkt 5.3

Änderung des Bebauungsplanes III/O 9 bzw. III/Hi 10.2

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0230/2009-2014

Bezirksvorsteher Sternbacher verweist auf den gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und der GRÜNE-Fraktion:

Die Bezirksvertretung Heepen beauftragt die Verwaltung, die Neunutzung der Industriebrachen der Mitsubishi HiTec Paper Bielefeld Real Estate GmbH & Co. KG als Gewerbeflächen durch Änderung des entsprechenden Bebauungsplanes zu ermöglichen. Hierbei soll insbesondere geprüft werden, ob die vorhandenen Grünflächen in die gewerbliche Nutzung mit einbezogen werden können. Die Planungen und Prüfergebnisse sind der Bezirksvertretung Heepen vorzustellen.

Frau Kreye (GRÜNE-Fraktionsvorsitzende) verweist auf die Antragsbegründung. Hinsichtlich der von Frau Mohn (Einwohnerin des Stadtteils Oldentrup) in der Einwohnerfragestunde (vgl. TOP 1 d) angesprochenen Rodung des Geländes stellt sie fest, dass diese nicht auf Veranlassung der Bezirksvertretung erfolgt sei. Sie bitte die Verwaltung, den Sachverhalt zu überprüfen und der Bezirksvertretung Bericht zu erstatten.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) schließt sich der von Frau Kreye geäußerten Bitte, die seines Erachtens fragwürdige Aktion zu überprüfen, an.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Bezirksvertretung Heepen beauftragt die Verwaltung, die Neunutzung der Industriebrachen der Mitsubishi HiTec Paper Bielefeld Real Estate GmbH & Co. KG als Gewerbeflächen durch Änderung des entsprechenden Bebauungsplanes zu ermöglichen. Hierbei soll insbesondere geprüft werden, ob die vorhandenen Grünflächen in die gewerbliche Nutzung mit einbezogen werden können. Die Planungen und Prüfergebnisse sind der Bezirksvertretung Heepen vorzustellen.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 14.01.2010 - öffentlich - TOP 5.3 *

-.-.-

Zu Punkt 5.4

Sportplatz Brake: Sanierung der Umkleiden / Duschen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0277/2009-2014

Bezirksvorsteher Sternbacher verweist auf den Antrag der CDU-Fraktion:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Bezirksvertretung Heepen in der nächsten Sitzung über den Sachstand bezüglich der Sanierung der Umkleiden und Duschen am Sportplatz Brake zu informieren. Insbesondere ist ein Zeitplan für Sanierung vorzulegen. Anschließend sind die Nutzer des Sportplatzes über das Ergebnis der Beratungen zu informieren.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) führt aus, dass im Rahmen der Wiedereröffnung des Sportplatzes Brake seitens des damaligen Bezirksvorstehers Rüter in Abstimmung mit dem Immobilienservicebetrieb der Stadt Bielefeld weitreichende Zusagen hinsichtlich der Sanierung der in desolatem Zustand befindlichen Umkleiden und Duschen gemacht wurden. Als Termin für die Beendigung der Sanierungsmaßnahme wurde seinerzeit der Monat Mai 2010 genannt. Bisher wurden die Arbeiten jedoch nicht aufgenommen. Vor diesem Hintergrund werde die Verwaltung gebeten, über den Sachstand zu berichten bzw. nachdrücklich an die Umsetzung der Maßnahme erinnert.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) stimmt den von Herr Dr. Elsner getroffenen Aussagen zu.

Herr Stuke (SPD-Fraktion) stellt fest, dass die Schäden bereits im Rahmen der Bereisungen der städtischen Sportanlagen im Stadtbezirk Heepen in den Jahren 2000 und 2007 festgestellt wurden. Er vertrete weiterhin die Auffassung, dass entsprechende Schäden sofort beseitigt werden müssen, da jede Verzögerung zu deutlich höheren Kosten führe.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Bezirksvertretung Heepen in der nächsten Sitzung über den Sachstand bezüglich der Sanierung der Umkleiden und Duschen am Sportplatz Brake zu informieren. Insbesondere ist ein Zeitplan für Sanierung vorzulegen. Anschließend sind die Nutzer des Sportplatzes über das Ergebnis der Beratungen zu informieren.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 14.01.2010 - öffentlich - TOP 5.4 *

-.-.-

Zu Punkt 5.5

Sicherung der Querung im Einmündungsbereich der Waagestraße im Stadtteil Brake

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0278/2009-2014

Bezirksvorsteher Sternbacher verweist auf den Antrag des Vertreters der FDP:

Die Verwaltung wird gebeten, den Bürgersteig im Einmündungsbereich der Waagestraße vor dem KIK-Markt - ebenso wie im gegenüber liegenden Einmündungsbereich (vor dem EDEKA-Markt) - abzusenken.

Darüber hinaus wird die Verwaltung gebeten, die Möglichkeit zu prüfen, die Querung über die Waagestraße durch die Anlage eines „Zebrastreifens“ zu sichern.

Herr Kossiek (FDP) erläutert die örtliche Situation und verweist im Übrigen auf die Antragsbegründung. Die Formulierung „...durch die Anlage eines „Zebrastreifens...“ (2. Abs. des Beschlussvorschlages) bitte er durch die Formulierung „...durch geeignete Maßnahmen...“ zu ersetzen.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) stimmt der Änderung des Beschlussvorschlages vor dem Hintergrund der bei Anlage eines „Zebrastreifens“ zu berücksichtigenden rechtlichen und finanziellen Abhängigkeiten zu. Da eine Absenkung in Einmündungsbereichen üblicherweise nur im Rahmen von Fahrbahnsanierungen durchgeführt werde, sollten mögliche konkrete Maßnahmen im vorliegenden Fall auch unabhängig von anderen Maßnahmen im Fahrbahnbereich erfolgen. Er bitte die Verwaltung darüber hinaus die Frage zu beantworten, warum die Bürgersteigabsenkung nicht im Zuge der Straßenumbauarbeiten bei Errichtung des EDEKA-Marktes erfolgte.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) erinnert in diesem Zusammenhang an die von der Verwaltung anlässlich eines Antrags der SPD-Fraktion getroffene Aussage, dass die Absenkung von Bürgersteigen regelmäßig im Rahmen von Deckensanierungsarbeiten erfolge.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Verwaltung wird gebeten, den Bürgersteig im Einmündungsbereich der Waagestraße vor dem KIK-Markt - ebenso, wie im gegenüber liegenden Einmündungsbereich (vor dem EDEKA-Markt) - abzusenken.

Darüber hinaus wird die Verwaltung gebeten, die Möglichkeit zu prüfen, die Querung über die Waagestraße durch geeignete Maßnahmen zu sichern.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 14.01.2010 - öffentlich - TOP 5.5 *

-.-.-

Zu Punkt 5.6

Piktogramme auf der Grafenheider Straße

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0295/2009-2014

Bezirksvorsteher Sternbacher verweist auf den Antrag der SPD-Fraktion:

Im Einmündungsbereich der auf die Grafenheider Straße führenden Straßen (zwischen Bahn und Herforder Straße) sind die Fahrradpiktogramme zu erneuern.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) erläutert die örtliche Situation und den Zustand der Piktogramme. Es sei aus Sicherheitsgründen dringend erforderlich, die Piktogramme zu erneuern.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s :

Im Einmündungsbereich der auf die Grafenheider Straße führenden Straßen (zwischen Bahn und Herforder Straße) sind die Fahrradpiktogramme zu erneuern.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 14.01.2010 - öffentlich - TOP 5.6 *

-.-.-

Zu Punkt 5.7

Verbesserung eines Wegestücks nördlich des Halhofes

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0296/2009-2014

Bezirksvorsteher Sternbacher verweist auf den Antrag der SPD-Fraktion:

In der Arbeitsgruppe Tiefbau/Verkehr/Planung der Bezirksvertretung soll mit den Vertretern des Amtes für Verkehr nach einer Lösung gesucht werden, damit das marode Teilstück des Rundwanderweges um die westliche Johannisbachau möglichst zügig wieder gefahrlos begeh- und befahrbar gemacht wird. Das beanstandete Teilstück liegt nördlich der neu angelegten Zubringerstraße und der „nachgerüsteten“ Brücke und endet an der Zufahrt zum dort befindlichen städtischen (bewohnten) Grundstück.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) beschreibt die Lage des Wegeabschnitts und seinen baulichen Zustand. Darüber hinaus bitte er, die Formulierung „...Amtes für Verkehr...“ durch die Formulierung „...Umweltamtes...“ zu ersetzen.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) regt an, die von Herrn Wäschebach angesprochene Formulierung durch die Formulierung „...der Verwaltung...“ zu ersetzen. Die Verwaltung könne dann die Zuständigkeit intern klären.

Herr Wäschebach stimmt zu.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

In der Arbeitsgruppe Tiefbau/Verkehr/Planung der Bezirksvertretung soll mit den Vertretern der Verwaltung nach einer Lösung gesucht werden, damit das marode Teilstück des Rundwanderweges um die westliche Johannisbachau möglichst zügig wieder gefahrlos begeh- und befahrbar gemacht wird. Das beanstandete Teilstück liegt nördlich der neu angelegten Zubringerstraße und der „nachgerüsteten“ Brücke und endet an der Zufahrt zum dort befindlichen städtischen (bewohnten) Grundstück.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 14.01.2010 - öffentlich - TOP 5.7 *

-.-.-

Zu Punkt 5.8

Zugang zu den Heeper Sportstätten

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0298/2009-2014

Bezirksvorsteher Sternbacher verweist auf den Antrag des Vertreters der Partei Die Linke:

Die Eingangsbereiche der Heeper Sportstätten sind so zu gestalten, dass alle Menschen selbständig Zugang erlangen können.

Herr Schatschneider (Die Linke) begründet den Antrag, indem er die Zugangsmöglichkeiten für gehbehinderte Menschen beschreibt.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) stellt fest, dass er dem Antrag in dieser Form nicht zustimmen könne obwohl er die Auffassung teile, dass entsprechender Handlungsbedarf bestehe. Ein Beschluss mit diesem Wortlaut würde seines Erachtens jedoch in der Bevölkerung den falschen Eindruck erwecken, dass die geforderten Maßnahmen kurzfristig umzusetzen seien. Leider gebe es nur wenige Einrichtungen mit den geforderten Zugangsmöglichkeiten. Eine kurzfristige Realisierung des - auch aus seiner Sicht wünschenswerten Zieles - sei aufgrund der immensen Kosten nicht möglich. Er rege vor diesem Hintergrund an, die Verwaltung zu bitten, die betroffenen Immobilien zu benennen und Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Im Anschluss könne dann eine Priorisierung erfolgen.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) regt an, den Beschlusstext durch den Zusatz „...im Rahmen geplanter Baumaßnahmen...“ zu konkretisieren. Im Übrigen sei ein entsprechender Beschluss seines Erachtens auch als „Resolution“ zu verstehen.

Frau Kreye (GRÜNE-Fraktionsvorsitzende) weist darauf hin, dass auch andere städtische Gebäude nicht über die geforderten Zugangsmöglichkeiten verfügen. Es sei ihres Erachtens daher erforderlich, den Beschlusstext so zu formulieren, dass die geeigneten Maßnahmen grundsätzlich beim Umbau aller städtischen Gebäude zu berücksichtigen seien. Ihres Erachtens sei es wichtig, dass ein „punktuelleres Handeln“ gefordert werde. Ein allgemein formulierter Beschluss würde aus ihrer Sicht „verpuffen“.

Herr Dr. Elsner sieht die Notwendigkeit, dass die Verwaltung für jedes Gebäude den notwendigen Handlungsbedarf formuliert und im Einzelfall abarbeitet. Er halte diese Vorgehensweise für erfolgversprechender.

Bezirksvorsteher Sternbacher teilt die von Herrn Wäschebach vertretene Auffassung, dass die Bezirksvertretung das im Beschlussvorschlag formulierte Ziel auch durch einen „Grundsatzbeschluss“ erreichen könne.

Im Rahmen der weiteren Diskussion vertreten Herr Diekmann (SPD-Fraktion) und Herr Kossiek (FDP) die Auffassung, dass grundsätzlich im Rahmen jeder Bau- oder Sanierungsmaßnahme ein entsprechender Bedarf geprüft werden sollte.

Frau Kreye schließt sich dieser Sichtweise an, sieht aber weiterhin die Notwendigkeit, alle städtischen Gebäude einzubeziehen.

Herr Daube erläutert, dass der Immobilienservicebetrieb bereits über entsprechende Aufstellungen verfüge und die einzelnen Maßnahmen nach Priorität abarbeite. Es sei zu prüfen, ob auch die Sportstätten mit erfasst wurden.

Stellvertretender Bezirksvorsteher Rütter stellt fest, dass es auch aus seiner Sicht wünschenswert sei, alle städtischen Gebäude - einschließlich der Sportstätten - mit entsprechenden Zugangsmöglichkeiten auszustatten.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s :

Die Eingangsbereiche aller städtischen Gebäude - einschließlich der Sportstätten - im Stadtbezirk Heepen sind grundsätzlich so zu gestalten, dass alle Menschen selbständig Zugang erlangen können. Vor diesem Hintergrund wird die Verwaltung gebeten, bei Bau-, Umbau- bzw. Sanierungsmaßnahmen zu prüfen, ob ein entsprechender Bedarf besteht und - nach Beteiligung der Bezirksvertretung - geeignete Maßnahmen zur Realisierung zu ergreifen .

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 14.01.2010 - öffentlich - TOP 5.8 *

Zu Punkt 6

Satzung über die Verlängerung der Anordnung einer Veränderungssperre für das Gebiet nördliche und östliche Grenze des Flurstückes 546, Flur 4, Gemarkung Brake, westliche Verlängerung der nördlichen Grenze des Flurstückes 25, nördliche Grenze des Flurstückes 25, westliche Grenze des Flurstückes 546 (östlich der Martin-Luther-Straße) - (Teilgebiet des neu aufzustellenden Bebauungsplan Nr. III/Br 27 "Brake-West")
- Stadtbezirk Heepen -

Satzungsbeschluss

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0212/2009-2014

Stellv. Bezirksvorsteher Rüther erklärt zu diesem Tagesordnungspunkt Ausschließungsgründe gemäß § 31 GO NRW und nimmt im Zuhörerbereich Platz.

Frau Binder-Kruse (Bauamt) erläutert ausgehend von der bisherigen Beschlusslage (vgl. BV Heepen - 14.02.2008 - öffentlich - TOP 7 - Drucksache 2009/4655) die der Verlängerung der Veränderungssperre zugrunde liegenden rechtlichen und zeitlichen Abhängigkeiten (u. a. durch den Rückzug des Investors bedingte Verzögerungen).

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) nimmt Bezug auf die hinsichtlich des Rückzuges des Investors (LEG) in der Vorlage getroffenen Aussagen (vgl. Seite 2, letzter Absatz). Seines Erachtens sei seinerzeit festgelegt worden, dass die LEG die Planung zu Ende führen müsse. Er fragt, ob und inwieweit seitens der LEG entsprechende Verpflichtungen bestehen.

Frau Binder-Kruse führt aus, dass die in diesem Zusammenhang bestehenden Fragen derzeit geprüft werden. Sie gehe davon aus, dass die von der LEG entwickelten Grundlagen in das Konzept eines neuen Investors einfließen werden.

Herr Dr. Elsner hält es für erforderlich, zum Ausdruck zu bringen, dass das Verfahren durch den Rückzug der LEG nicht beendet sei. Er rege daher an, den vorletzten Satz des letzten Absatzes der Begründung des Beschlussvorschlages durch die Formulierung „...derzeit...“ zu ergänzen (Neue Formulierung: Die Verlängerung ist erforderlich, weil der Bebauungsplan bis zum Ablauf der Veränderungssperre im März 2010 durch notwendige liegenschaftliche Nachverhandlungen verzögert wurde und letztlich wegen des Rückzuges des Investors (LEG) derzeit nicht zum Abschluss gebracht werden kann).

Sodann ergeht folgender

Beschluss:

Die der Beschlussvorlage als Anlage beigefügte Satzung über die Verlängerung der Anordnung einer Veränderungssperre für das Gebiet nördliche und östliche Grenze des Flurstückes 546, Flur 4, Gemarkung Brake, westliche Verlängerung der nördlichen Grenze des Flurstückes 25, nördliche Grenze des Flurstückes 25, westliche Grenze des Flurstückes 546 (östlich der Martin-Luther-Straße) - (Teilgebiet des neu aufzustellenden Bebauungsplanes Nr. III/Br 27 "Brake-West") wird beschlossen.

Für die genaue Grenze des räumlichen Geltungsbereiches der Veränderungssperre ist die im Abgrenzungsplan des Bauamtes im Maßstab 1 : 1000 vorgenommene Eintragung (rote Linie) verbindlich.

- einstimmig beschlossen -

Stellv. Bezirksvorsteher Rütter hat nach Erklärung von Ausschließungsgründen gemäß § 31 GO NRW nicht an der Beratung und Beschlussfassung teilgenommen.

* BV Heepen - 14.01.2010 - öffentlich - TOP 6 *

-.-.-

Zu Punkt 7

2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. III/3/55.00 für ein östliches Teilgebiet beiderseits des südlichen Abschnittes des Kuckucksweges und Teilaufhebung des Bebauungsplanes Nr. III/3/55.00 für ein östliches Teilgebiet südlich des Baderbachweges

- Stadtbezirke Mitte und Heepen -

- Entwurfsbeschluss -

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0218/2009-2014

Frau Binder-Kruse (Bauamt) erläutert die Beschlussvorlage - ausgehend von den Ergebnissen der früheren Beratung der Angelegenheit in der Bezirksvertretung Heepen - im Überblick.

Ohne Aussprache ergeht folgender

Beschluss:

1. Das Gebiet der 2. Änderung wird gegenüber dem Änderungsbeschluss vom 20.03.2007 im Westen verkleinert und im Nordosten vergrößert. Für die genaue Grenze des Änderungsgebietes ist die im Entwurf i. M. 1:500 vorgenommene Abgrenzung des Plangebietes verbindlich.
2. **Die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. III/3/55.00 für ein östliches Teilgebiet beiderseits des südlichen Abschnittes des Kuckucksweges und die Teilaufhebung des Bebauungsplanes Nr. III/3/55.00 für ein östliches Teilgebiet südlich des Baderbachweges werden mit den Begründungen und den Umweltberichten gem. § 3 (2) BauGB als Entwürfe beschlossen.**

3. **Die Entwürfe der Änderung und der Teilaufhebung sind mit den Begründungen öffentlich auszulegen. Die Offenlagen sind gem. § 3 (2) BauGB öffentlich bekannt zu machen. Parallel hierzu sind gem. §§ 4 (2), 4 a (2) BauGB die Träger öffentlicher Belange zu beteiligen.**

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 14.01.2010 - öffentlich - TOP 7 *

-.-.-

Zu Punkt 8

Bericht der Beratungsstelle im Stadtteil Baumheide

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Beratungsstelle (Frau Albers, Frau Kunstleben, Herr Löhr, Herr Rettig und Frau Sieker) stellen sich und ihre Aufgabenbereiche in der Beratungsstelle vor.

Im Anschluss erläutert Herr Löhr die soziale Struktur des Stadtteils Baumheide und stellt fest, dass es sich bei diesem Stadtteil - neben dem Stadtteil Sieker - um den Stadtteil mit der höchsten sozialen Belastung handele. Die Beratungsstelle werde als Kooperationseinrichtung von der Gesellschaft für Sozialarbeit e.V. im Paritätischen Wohlfahrtsverband, der Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband OWL e.V. und der Freizeit- und Bürgerzentrum Bielefeld GmbH gemeinsam betrieben. Im Rahmen eines mit der Stadt Bielefeld abgeschlossenen Leistungsvertrages stelle die Gesellschaft für Sozialarbeit e.V. für die Ehe- und Lebensberatung eine halbe Psychologenstelle und für die Sozialberatung eine volle Sozialarbeiterinnenstelle (aufgeteilt auf 2 Mitarbeiterinnen) bereit. Von der Arbeiterwohlfahrt werden ein Sozialarbeiter und eine Sozialpädagogin jeweils mit einer halben Stelle für die Erziehungs- und Familienberatung beschäftigt. Einen besonderen Schwerpunkt der Erziehungs- und Familienberatung bilde die vorschulische Erziehung. In der Praxis ergeben sich häufig Überschneidungen der Beratungsfelder. Insbesondere bei komplexen Problemen und bei der Beratung und Betreuung von Familien sei eine enge Zusammenarbeit der Beratungsfachkräfte gefordert. Da die Beratungsstelle über keine fest angestellte Verwaltungskraft verfüge, werde die Verwaltung und das Sekretariat im Rahmen des Programms „Job-Perspektive“ zeitlich befristet (bis September 2010) besetzt. Die Beratungsstelle biete für einzelne Ratsuchende sowie für Paare und Familien psychosoziale Beratung an. Darüber hinaus umfasse das weitere Angebot Gruppen für Mütter und Kleinkinder, für Menschen ohne Arbeit, für Menschen mit psychischen Benachteiligungen und Kontaktproblemen, Außensprechstunden der Erziehungsberatung in einer benachbarten Grundschule und in mehreren Kitas bzw. Familienzentren, Eheberatung, Flohmarkt, „Cafe Floh“ mit Frühstück und Kinderbetreuung und einer parallel durchgeführten Beratungsstunde in der Beratungsstelle. Die Gruppenangebote und Kontakttreffs werden mit Unterstützung freier Mitarbeiterinnen, das „Cafe Floh“ auch mit ehrenamtlichen Kräften realisiert. Ein weiteres Arbeitsfeld bilde die Gemeinwesenarbeit. Die Beratungsstelle arbeite regelmäßig in der „Projektkonferenz Baumheide“ und in der Redaktion der Stadtteilzeitung „Der Rabe“ mit. Das Angebot der Beratungsstelle richte sich zunächst an die im Stadtteil lebenden Menschen. Darüber hinaus versorge die Beratungsstelle ein Gebiet, das in etwa

dem Stadtbezirk Heepen entspreche. Eine wesentliche Voraussetzung für die erfolgreiche Arbeit der Beratungsstelle sei die niedrige Zugangsschwelle. Bei der Anmeldung ergeben sich für den Ratsuchenden keine Formalitäten. Für viele Ratsuchende sei die angebotene offene Sprechstunde die einfachste und sicherste Form des Kontaktes. Die Lage der Beratungsstelle im Zentrum des Stadtteils und die umfangreichen offenen Gruppen und Kontakttreffs biete den Menschen die Möglichkeit, zunächst zwanglos und unverbindlich mit der Beratungsstelle Kontakt aufzunehmen. Im Bedarfsfall könne die Betreuung innerhalb des Freizeitentrums durch Hausbesuche und persönliche Begleitung außer Haus ergänzt werden. Aufgrund der Vernetzung und Kooperation mit verschiedensten Trägern und Einrichtungen (Projektkonferenz Baumheide, Arbeiterwohlfahrt, Gesellschaft für Sozialarbeit, psychosoziale Arbeitsgemeinschaft Bielefeld, 3 Kindertagesstätten bzw. Familienzentren im Stadtteil, dem Amt für Jugend und Familie - Jugendamt -, dem Amt für Soziales und dem Sozialpsychiatrischen Dienst der Stadt Bielefeld etc.) sei mit dem Einverständnis des Ratsuchenden eine auf den Einzelfall bezogene Zusammenarbeit möglich, die nahezu alle Aspekte des Einzelfalles abdecke.

Im Anschluss erläutern die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Beratungsstelle an Hand eines fiktiven Falles die professionsübergreifende Beratung und die in diesem Zusammenhang zu erbringenden konkreten Hilfeleistungen.

Abschließend stellt Herr Löhr fest, dass bedarfsorientierte Veränderungen, die sich z. B. durch die Einrichtung der Familienzentren oder durch andere Aufgabenstellungen im Bereich der Sozialberatung ergeben, dazu führen, dass die Beratungsstelle an den Rand ihrer finanziellen und personellen Leistungsfähigkeit gerate. Für die Arbeit der Beratungsstelle sei Kontinuität eine wesentliche Voraussetzung. Diese sei jedoch nur bei einer angemessenen, die Veränderung des Bedarfes berücksichtigenden finanziellen und personellen Ausstattung zu gewährleisten. Er bitte daher die Bezirksvertretung um ihre Unterstützung.

Bezirksvorsteher Sternbacher dankt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für den Bericht über die Arbeit der Beratungsstelle. Die Einrichtung habe eine sehr bedeutende Funktion im Stadtteil Baumheide. Er gehe davon aus, dass alle in der Bezirksvertretung vertretenen Parteien diese Auffassung teilen und ihre Möglichkeiten nutzen werden, den dauerhaften Bestand der Beratungsstelle zu sichern.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 14.01.2010 - öffentlich - TOP 8 *

-.-.-

Zu Punkt 9

Anmeldezahlen der städtischen Grundschulen zum Schuljahr 2010/11

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0226/2009-2014

Herr Müller (Leiter des Amtes für Schule) erläutert die Vorlage im Überblick. Bezogen auf die Gesamtstadt führt er aus, dass sich nach Auswertung der Anmeldezahlen keine Versorgungsgenässe abzeichnen. Sollten einige Schulen

an ihre Kapazitätsgrenzen gelangen, handele es sich hier aus Sicht der Schulverwaltung lediglich um ein gesamtstädtisches Verteilungsproblem. Bezogen auf den Stadtbezirk Heepen führt er aus, dass die Kapazität der Grundschulen ausreichend sei. Auch die errechnete Wanderungsquote von ca. 20 % bewege sich im Bereich der städtischen Durchschnittswerte. Die Wanderungsbewegung führe jedoch an einzelnen Schulstandorten (z. B. Grundschule Altenhagen und Grundschule Oldentrup) zu Schülerzahlen, die unter den vom Schulministerium vorgegebenen Mindestschülerzahlen liegen. Dies beinhalte die Gefahr einer Bestandsdiskussion. Bezogen auf die Grundschule Brake sei zu beobachten, dass sich die Anmeldezahlen verringern. Die mehrfach in der Bezirksvertretung Heepen beratene Untersorgung sei daher aus Sicht des Amtes für Schule z. Zt. nicht mehr gegeben. Vor diesem Hintergrund vertrete das Amt für Schule die Auffassung, dass der am Standort befindliche mobile Klassenraum zum 20.02.2010 abgebaut werden sollte.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) sieht in dem von Herrn Müller angesprochenen Rückgang der Anmeldezahlen in der Grundschule Brake eine lediglich „temporäre“ Entspannung der Situation. Der mobile Klassenraum - der im Übrigen laut Aussage der Verwaltung u. a. wärmedämmungstechnisch ohnehin ungeeignet sei - könne nach seiner Auffassung daher zunächst abgebaut werden.

Herr Müller stellt fest, dass der mobile Klassenraum nur zur Überbrückung der Umbaumaßnahmen im Bereich Hausmeisterwohnung und des ehemaligen Fahrradkellers vorgesehen war und letztlich nur auf Wunsch der Bezirksvertretung am Standort belassen wurde. Im Anschluss informiert Herr Müller darüber, dass im Stadtteil Baumheide ein verstärkter Zuzug von jesidischen Familien aus dem Irak zu verzeichnen sei, die ihre Kinder im Grundschulalter überwiegend an der Wellbachschule anmelden. Vor diesem Hintergrund sei die OGS-Anmeldefrist für die Wellbachschule förderunschädlich verlängert worden. Die Wellbachschule werde ihr OGS-Angebot aufgrund des veränderten Bedarfes modifizieren. Aus Sicht der Schulverwaltung leiste die Wellbachschule hier besondere integrationsfördernde Arbeit, die der Bezirksvertretung ggf. näher vorgestellt werden sollte.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 14.01.2010 - öffentlich - TOP 9 *

-.-.-

Zu Punkt 10

Namensgebung Tank- und Rastanlage an der A 2

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0253/2009-2014

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) stellt unter Hinweis auf die im Rahmen der Beratung zur Umbenennung der Bielefelder Autobahnanschlussstellen (vgl. BV Heepen - 17.09.2009 - öffentlich - TOP 10) fest, dass die Anregungen der beteiligten Kommunen hinsichtlich der Namensgebung von den zuständigen Stellen erneut nicht berücksichtigt wurden. Er sehe in dieser Vorgehensweise eine Missachtung der Interessen der betroffenen Kommunen.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) schließt sich der von Herrn Dr. Elsner geäußerten Kritik an.

- Die Bezirksvertretung Heepen nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 14.01.2010 - öffentlich - TOP 10 *

-.-.-

Zu Punkt 11

Einteilung der Stimmbezirke im Stadtbezirk und Zuordnung zu den Wahllokalen

Herr Daube verweist auf den, dem Bericht des Amtes für Stadtforschung, Statistik und Wahlen zugrundeliegenden Antrag der CDU-Fraktion (vgl. BV Heepen - 03.12.2009 - öffentlich - TOP 6.1).

Herr Kleine (Amt für Stadtforschung, Statistik und Wahlen) bedauert, dass die Änderung der Stimmbezirke bei Wählerinnen und Wählern aus dem Stadtteil Brake zu Irritationen und teilweise zu Verärgerung geführt habe. Ziel der Verwaltung sei es gewesen, durch die Einteilung der Stimmbezirke zu gewährleisten, dass einem Stimmbezirk maximal eine Anzahl von 1.400 bis 1.500 Wahlberechtigten zugeordnet werde. Auf diesem Wege sollte die hohe Belastung einzelner Wahlvorstände, deren Stimmbezirken zum Teil bis zu 1.900 Wahlberechtigte zugeordnet waren, entgegengewirkt werden. Mangels geeigneter Räumlichkeiten war die Verwaltung vor diesem Hintergrund gezwungen, die Einteilung wie im Antrag der CDU-Fraktion beschrieben vorzunehmen. Leider führte die neue Zuordnung dazu, dass ein Teil der Wahlberechtigten nicht im gewohnten Wahllokal wählen konnte. Die Gaststätte „Birders“ wurde zunächst nicht in die Überlegungen zur Erschließung neuer Wahllokale einbezogen, da der Wahlvorgang nach überwiegender Meinung der zuständigen Dienststellen aufgrund der mit den Gaststättenbetrieb verbundenen Rahmenbedingungen (Geräusche, Tabakrauch etc.) nicht in Gaststätten durchgeführt werden sollte. Aufgrund der zwischenzeitlich durchgeführten Begutachtung des Standortes werde der zur Gaststätte „Birders“ gehörende Saal jedoch als geeignet eingestuft und für die nächste Wahl als Wahllokal vorgesehen. Der Saal sei unabhängig von der Gaststätte zu nutzen und weitestgehend barrierefrei.

Die im Antrag der CDU-Fraktion gewünschte Prüfung durch kleinere kostengünstige Maßnahmen (z. B. Verwendung einer Holzrampe) für Barrierefreiheit zu sorgen, muss jedoch aufgrund der rechtlichen Abhängigkeiten verworfen werden. Die Verwendung entsprechender Hilfskonstruktionen sei rechtlich streng an die Einhaltung entsprechender DIN-Normen gebunden. Die diese anspruchsvollen Normen erfüllenden Hilfskonstruktionen wären außerordentlich kostenintensiv. Die Verwendung einfacherer Hilfsmittel (Holzrampen) wurde vom Rechtsamt der Stadt Bielefeld intensiv geprüft und aufgrund der bei Verwendung dieser Hilfsmittel zu befürchtenden Rechtsfolgen (Schadenersatzansprüche bei Unfällen bis hin zu strafrechtlichen Konsequenzen) abgelehnt. Es sei daher vorgesehen, weiterhin das Feuerwehrgerätehaus mit den bestehenden Zugangsmöglichkeiten zu nutzen und darüber hinaus ein Wahllokal im Saalanbau der Gaststätte „Birders“ einzurichten. Langfristig werde angestrebt,

auch im Bereich Wefelshof (z. B. im Gemeinschaftsraum des Seniorenwohnheimes) ein Wahllokal einzurichten.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) begrüßt die Möglichkeit, den Saalanbau der Gaststätte „Birders“ künftig als Wahllokal nutzen zu können.

Herr Kleine bestätigt auf Rückfrage von Herrn Wäschebach, dass der Anbau der Turnhalle Spiekeroogstraße weiterhin als Wahllokal genutzt werden könne.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) dankt der Verwaltung für die zeitnahe Abarbeitung des auf den Antrag der CDU-Fraktion zurückzuführenden Beschlusses der Bezirksvertretung und begrüßt die gefundene Lösung.

- Die Bezirksvertretung Heepen nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 14.01.2010 - öffentlich - TOP 11 *

-.-.-

Zu Punkt 12

Vorstellung der im Stadtbezirk Heepen eingesetzten Quartiershelfer

Herr Daube führt aus, dass - nachdem der Rat der Stadt Bielefeld die Durchführung der Beschäftigungsmaßnahme am 13.03.2008 beschlossen hatte - aus einem entsprechenden Bewerberkreis insgesamt 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die auf maximal 2 Jahre befristete Tätigkeit als Quartiershelferin bzw. Quartiershelfer ausgewählt wurden. Die personalrechtliche Betreuung erfolge über das Bezirksamt. Dem Bezirksamt Heepen seien für die Stadtbezirke Stieghorst und Heepen je 2 Quartiershelferinnen bzw. Quartiershelfer zugeordnet (Stadtbezirk Heepen: Frau Feldmann und Herr Ellerbrok).

Im Anschluss an eine kurze Vorstellung berichtet Herr Ellerbrok über seine Arbeit im Stadtbezirk. U. a. sei es Aufgabe der Quartiershelfer, ordnungswidrige Zustände und Gefahrenstellen (z. B. Parkverstöße, defekte Ampelknöpfe, zugewachsene oder verdreckte Straßenverkehrsschilder, Mitteilungen über abgestellte Autowracks, hochstehende Gehwegplatten, Beschwerden aus dem Bereich Park- und Grünanlagen, Probleme bei der Müllbeseitigung, Fotodokumentation festgestellter Gefahrenstellen bzw. Mängel etc.) zu dokumentieren und den für die Beseitigung der Mängel zuständigen Stellen zu melden.

Über die vorgenannten Aufgaben hinaus sei es Aufgabe der Quartiershelfer, Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger zu unterschiedlichen Aufgaben der Stadt Bielefeld zu sein. In diesem Zusammenhang werde u. a. über die Verteilung von Info-Flyern zu kommunalen Dienstleistungen (Sperrmüll, Passangelegenheiten, Öffnungszeiten, Hundefreilaufflächen etc.) die gewünschte Information zur Verfügung gestellt. Die Quartiershelfer verstehen sich darüber hinaus als Vermittler zwischen Verwaltung und Bürger und ortskundige/ortsnahe Dienstleister. Sie geben die von den Bürgerinnen und Bürgern angesprochenen Probleme an die jeweilige Fachverwaltung weiter. Durch die ständige Präsenz im Stadtbezirk und die Beobachtung von Brennpunkten werde u. a. das subjektive Sicherheitsempfinden gesteigert. Neben den bereits angesprochenen Handlungsfeldern sei es darüber hinaus auch Aufgabe der Quartiershelfer, ein-

fache Dienstleistungen (Reinigung stark verschmutzter Straßenschilder, Mithilfe bei Veranstaltungen im Stadtbezirk, Mithilfe bei der Stadtbildpflege etc.) unmittelbar vor Ort zu erbringen.

Stellvertretender Bezirksvorsteher Rüter fragt, ob Herr Ellerbrok den Eindruck gewonnen habe, dass seine Arbeit von den Bürgerinnen und Bürgern anerkannt bzw. wahrgenommen werde.

Herr Ellerbrok führt aus, dass die Quartiershelfer seines Erachtens inzwischen deutlich wahrgenommen werden. Er habe mehrfach positive Rückmeldungen zu seiner Tätigkeit im Stadtbezirk erhalten.

Frau Kreye (GRÜNE-Fraktionsvorsitzende) bestätigt dies aus eigener Erfahrung. Im Bereich der Robert-Nacke-Straße im Stadtteil Altenhagen waren in der Vergangenheit u. a. immer wieder wilde Müllablagerungen zu verzeichnen. Seitdem dieser Bereich regelmäßig von den Quartiershelfern begangen und beobachtet werde, seien die Müllablagerungen ihres Erachtens deutlich zurückgegangen. Darüber hinaus wurde auch sehr schnell auf die Meldungen der Quartiershelfer reagiert und der Müll von der zuständigen Fachdienststelle beseitigt.

Frau Klemme-Linnenbrügger (SPD-Fraktion) fragt, in welcher Weise die Quartiershelfer auf ihre Aufgaben vorbereitet werden.

Herr Ellerbrok erläutert, dass alle Quartiershelfer zu Beginn ihrer Tätigkeit mit verschiedensten Qualifizierungsmaßnahmen (Deeskalationstraining, Erste Hilfe, Kommunikation, rechtliche Grundlagen etc.) auf ihre Arbeit vorbereitet wurden.

Herr Wäschebach fragt, ob damit zu rechnen sei, dass die Beschäftigungsmaßnahme weitergeführt werde.

Herr Skarabis weist darauf hin, dass eine entsprechende Entscheidung vom Rat getroffen werden müsse.

Herr Wäschebach spricht sich für die Fortsetzung der Maßnahme aus.

Herr Skarabis erläutert, dass die Maßnahme derzeit kostenneutral durchgeführt werden könne. Ob dies im Falle der Fortsetzung weiterhin möglich ist, sei unklar.

- Die Bezirksvertretung Heepen nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 14.01.2010 - öffentlich - TOP 12 *

-.-.-

Zu Punkt 13

Entsendung von Vertreterinnen / Vertretern in den Friedhofsausschuss der Ev.-luth. Kirchengemeinde Heepen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0227/2009-2014

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) schlägt für die SPD-Fraktion Herrn Stuke vor.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) schlägt für die CDU-Fraktion Herrn Hüsemann vor.

Weitere Vorschläge werden der Bezirksvertretung nicht unterbreitet.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Bezirksvertretung Heepen entsendet folgende Vertreterinnen / Vertreter der Stadt Bielefeld in den Friedhofsausschuss der Ev.-luth. Kirchengemeinde Heepen:

1. Für die Bezirksvertretung Heepen:

a) Mitglied Kurt Stuke

b) Mitglied Jens Hüsemann

2. Vom Umweltbetrieb - Geschäftsbereich Grünflächen/Friedhöfe -

Frau Friederike Hennen - Abteilungsleiterin der Abt. Friedhöfe -
(von der Betriebsleitung des Umweltbetriebes benannt)

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 14.01.2010 - öffentlich - TOP 13 *

-.-.-

Zu Punkt 14 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Zur Sitzung liegen keine entsprechenden Punkte vor.

- Die Bezirksvertretung Heepen nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 14.01.2010 - öffentlich - TOP 14 *

-.-.-

Holm Sternbacher
Bezirksvorsteher

Herbert Lötze
Schriftführer